

treten anderer Fachrichtungen und Wissenschaftszweige gelöst werden. Ich kann diese Probleme hier zunächst nur andeuten, jedoch offenbart die Statistik bereits recht deutlich, wo begonnen werden muß.

Von großer Bedeutung ist eine wirkungsvollere Bekämpfung der Rückfälligkeit. Die absolute Zahl der Vorbestraften, die erneut verurteilt wurden, ist an sich nicht beängstigend hoch. Im Jahr 1961 handelte es sich um insgesamt 15 281. Wenn man dagegenhält, daß in Westdeutschland nach den amtlichen Veröffentlichungen jährlich weit über 200 000 Vorbestrafte zur Verurteilung kommen, so sind die Rückfallzahlen in der DDR in der Tat überaus niedrig. Jedoch muß die Bewegung der Rückfälligkeit in den letzten Jahren nachdenklich stimmen. Setzt man die jeweiligen absoluten Zahlen des Jahres 1958 gleich 100, so entwickelte sich die Anzahl der Vorbestraften und Erstbestraften bis zum Jahre 1961 wie folgt:

Jahr	Erstbestrafte W-Q	Vorbestrafte >X3	von den Vorbestraften hatten			darunter einschlägig Vorbestrafte
			100 1958	100 1958	100 1958	
1958	100	100	100	100	100	100
1959	77,7	85,9	86,9	89,2	80,9	93,4
1960	68,0	86,5	86,7	90,5	82,9	96,5
1961	56,0	75,7	69,8	86,2	82,7	91,2

Die Tendenz ist zwar auch bei den Vorbestraften rückläufig, jedoch vollzieht sich die Abnahme wesentlich langsamer als bei den Erstbestraften. Unter den Vorbestraften wiederum geht die Anzahl der wiederholt und einschlägig vorbestraften Verurteilten langsamer zurück als die Anzahl der einmal Vorbestraften. Infolge dieser Entwicklung nimmt der Anteil der Vorbestraften ständig zu. Er belief sich bei den Verurteilten 1958 auf 19,0, 1959 auf 20,6, 1960 auf 23,0 und 1961 auf

24,1 Prozent. Der Anteil der einschlägig Vorbestraften (von den Vorbestraften derselben Zeit) nahm folgende Entwicklung: 1958 = 36,9, 1959 = 40,1, 1960 = 40,2, 1961 = 44,5 %. Bei dieser Sachlage und Entwicklung ist abzusehen, daß die Bekämpfung der Rückfallkriminalität sich mehr und mehr als eines der zentralen Probleme der Verbrechensbekämpfung herauschält, weil die weitere Verminderung der Kriminalität künftig wesentlich von der Verhütung des Rückfalls abhängig sein wird. Dazu ist eine auf lange Sicht berechnete wissenschaftliche Durchdringung dieses Komplexes eine wichtige Voraussetzung. Man muß die Ursachen der Rückfallstrafaten unter Hinzuziehung von Wissenschaftlern gründlich untersuchen und Schlußfolgerungen für die wirksame Bekämpfung, insbesondere Verhütung der Rückfälligkeit, ziehen.

Es ist ferner erforderlich, wirksamere Maßnahmen zur Bekämpfung der Straftaten, die unter Alkoholeinwirkung begangen wurden, zu ergreifen. Der Anteil der Täter, welche die Straftat unter Alkoholeinfluß begingen, betrug im Jahr 1961 29,7 Prozent (1960: 24,9 Prozent). Besonders erheblich ist der Anteil der unter Alkoholeinwirkung begangenen Straftaten in den nördlichen und östlichen Bezirken. Hier liegt eine große Reserve für die weitere Verminderung der Kriminalität. Man muß noch einmal hervorheben, daß Fortschritte auf diesem Gebiet nicht allein durch Verbote, Strafen, Vorträge oder sonstige Aufklärung erreicht werden können, sondern daß sie vor allem vom Stand der Organisierung eines sozialistischen Kultur- und Gesellschaftslebens in allen Orten abhängig sind. Hier bieten sich viele konkrete Ansatzpunkte für die vorbeugende Arbeit im Zusammenwirken mit den örtlichen Volksvertretungen und ihren Organen, den Kultureinrichtungen, Massenorganisationen und den Werkträgern.

Besondere Aufmerksamkeit müssen die Strafverfolgungsorgane der Bekämpfung der schweren (asozialen) Kriminalität zuwenden. Es handelt sich hierbei um besonders gefährliche und barbarische Verbrechen, die durch die Ausbeutergesellschaft hervorgebracht und gezüchtet wurden und deren Ursachen z. T. noch fortwirken, zumal auch Fäulniserscheinungen des imperialistischen westdeutschen Systems bei uns eindringen. Die Zahl dieser Verbrechen ist zwar absolut gering und erreicht auch nicht annähernd das Ausmaß, das diese Verbrechen heute in Westdeutschland angenommen haben. Jedoch ist jedes einzelne derartige Verbrechen eine schwere Störung der gesellschaftlichen Beziehungen und verursacht Unruhe und Unsicherheit in der Bevölkerung. Die nachstehende Übersicht zeigt, daß die Zahl dieser Straftaten in den letzten Jahren nur langsam und z. T. überhaupt nicht abgenommen hat:

Jahr	Mord, Totschlag	Notzucht	Raub, Erpressung
1957	79	741	381
1958	62	671	260
1959	69	679	278
1960	89	781	350
1961	65	732	390

Bei der Bestrafung von Verbrechen, die derartige Straftaten begingen, traten in der Vergangenheit mitunter liberalistische Tendenzen auf. Es wurden z. T. unverhältnismäßig niedrige Strafen ausgesprochen, die keine genügende präventive Wirkung haben können und die darum auch von der Bevölkerung nicht verstanden wurden. Neben der unnachsichtigen Anwendung unseres Strafrechts in diesen Fällen wird eine wichtige Aufgabe künftig vor allem darin bestehen, die typischen Ursachen solcher Verbrechen zu erforschen, bloßzulegen und mit der Kraft der Gesellschaft allmählich auszuschalten.

Ein weiteres wichtiges Gebiet ist schließlich der beharrliche Kampf gegen die Verkehrsunfälle und im Zusammenhang damit gegen die Verkehrskriminalität. Die Zahl der Verkehrsdelikte hat seit 1957 erheblich zugenommen:

1957	5 455
1958	8 823
1959	8 795
1960	10 160
1961	12 330

Wie sich zeigt, ist die Zunahme der Gesamtkriminalitätszahl im Jahre 1961 auch durch die größere Anzahl Verkehrsdelikte mit bewirkt worden. Während die Verkehrsdelikte im Jahre 1957 nur 3,2 Prozent der Kriminalität ausmachten, belief sich ihr Anteil 1961 auf 8,3 Prozent. Allerdings handelte es sich 1961 in 7873 Fällen, also der überwiegenden Mehrzahl, nicht um Straftaten, die im Zusammenhang mit Verkehrsunfällen standen, sondern um sonstiges verkehrsfährdendes und strafrechtlich relevantes Verhalten — überwiegend um Verstöße gegen § 49 StVO. Jedoch zeigen der gegenwärtige Umfang der Verkehrsdelikte und insbesondere die ansteigende Tendenz, daß der Kampf um die Zurückdrängung der Kriminalität vor allem auch auf diesem Gebiet konzentriert geführt werden muß. Hier wird es besonders darauf ankommen, die bei der Bekämpfung der Brände und Brandstiftungen gesammelten Erfahrungen für das Zusammenwirken mit den örtlichen Volksvertretungen und ihren Organen, den Massenorganisationen und der Verkehrspolizei zu nutzen. Die Heranführung der Verkehrsteilnehmer an die bewußte Verwirklichung der Sicherheitsbestimmungen im Straßenverkehr, die Erziehung zur Mitverantwortung für einen reibungs- und gefahrlosen Verkehrsablauf ist eine wichtige Seite der Hebung und Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins.